

„UMWELTBEWUSSTSEIN IN DEUTSCHLAND 2002“

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage
Udo Kuckartz und Heiko Grunenberg

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

ZU DIESER STUDIE

Die vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Studien zum Umweltbewusstsein in Deutschland haben mittlerweile Tradition und sind zum festen Bestandteil der Umweltberichterstattung geworden. Seit Anfang der 1990er Jahre werden solche Erhebungen durchgeführt, seit 1996 in einem Zwei-Jahres-Turnus. Diese Kontinuität der Studien ermöglicht die Erstellungen von Zeitreihen und erlaubt es dadurch, Trends und Entwicklungen zu erkennen. Das macht die UBA-Studien zum Umweltbewusstsein innerhalb der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung relativ einzigartig. Über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln stehen die Originaldaten den Umweltforschern verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen für Sekundäranalysen zur Verfügung.

METHODIK DER STUDIE

Die Datenerhebung der Studie wurde im Januar und Februar 2002 vom EMNID-Institut (Bielefeld) durchgeführt. 2361 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Deutschlands wurden mündlich befragt. Etwa 70% der in der Vorgängerstudie des Jahres 2000 gestellten Fragen wurden auch in diesem Jahr wieder gestellt, so dass direkte Vergleiche gezogen werden können. Zu den neu in die Studie aufgenommenen Themenfeldern gehören u.a. „Naturschutz“ und „ökologische Geldanlagen“, vertieft wurden die Themen „Klimaschutz“ und „Informationsverhalten“.

UMWELTSCHUTZ BLEIBT WICHTIGES POLITISCHES THEMA

Im Vergleich zur 2000er Umweltstudie dominiert das Thema Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit heute noch stärker die politische Agenda. Im Vergleich hierzu verblasen derzeit alle anderen politischen Themen. Dies gilt sogar für den Bereich Terrorismus und Sicherheit, bei dem man nach den Ereignissen des

11. September 2001 eine höhere Einstufung unter den wichtigsten politischen Themen vermutet hätte. Der Umweltschutz hat seinen vierten Platz in der Rangliste der aktuell wichtigsten Themen verteidigt, ist aber wie schon seit längerer Zeit nicht mehr das Top-Thema der Tagespolitik.

DER BEGRIFF NACHHALTIGE ENTWICKLUNG WIRD BEKANNTER

Der Begriff Nachhaltige Entwicklung ist jetzt 28% der Bevölkerung bekannt, d.h. mehr als doppelt so vielen Personen als vor zwei Jahren.

NACHHALTIGKEITSKONZEPT STÖSST AUF RESONANZ

Bedeutsamer als die Kenntnis des häufig eher unbestimmten Begriffs Nachhaltigkeit ist allerdings die überwältigende Zustimmung, welche die inhaltlichen Grundprinzipien des Konzepts Nachhaltige Entwicklung erreichen. Nahezu 85% stimmen dem Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu und 83% stimmen mit dem Ziel überein, dass wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen sollten als nachwachsen. Die Prozentsätze sind zwar geringfügig geringer als 2000, doch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

ÖKOLOGISCHE SENSIBILISIERUNG BLEIBT HOCH

Auch 2002 gilt: Die Bevölkerung ist in starkem Maße ökologisch sensibilisiert und die große Mehrheit hält die einzelnen Teilbereiche des Umweltschutzes für äußerst wichtige politische Aufgaben. Im Vergleich zu den Studien von 1998 und 2000 lässt sich teilweise eine Tendenz zur Entdramatisierung feststellen, d.h. die Gruppe der moderat urteilenden Bürger nimmt etwas zu. Offenbar ist Umweltschutz heute eine Angelegenheit, die nüchterner und mit weniger Emotionen betrachtet wird als noch vor einigen Jahren. Dies ist vor dem Hintergrund einer Umweltpolitik, die in längeren Zeiträumen und kleineren Schritten denkt, durchaus plausibel.

UMWELTQUALITÄT IN DEUTSCHLAND WIRD RECHT GUT BEWERTET

Die Umweltqualität in Deutschland hat sich in den Augen der Bevölkerung leicht verbessert, wobei weiterhin deutliche Ost-West-Differenzen fortbestehen. Während 82% der Befragten die Umweltqualität im Westen als „sehr gut“ oder „recht gut“ bewerten, sind es nur 44%, die für die östlichen Bundesländer zu einem ähnlich positiven Urteil kommen. Dies ist vor allem auf die schlechten Urteile der Befragten aus dem Westen über die Umwelt im Osten zurückzuführen.

Globale Umweltqualität schlecht bewertet

Diese Studie zeigt erneut, dass ein charakteristisches Entfernungsgefälle bei der Einschätzung der Umweltqualität besteht. Die nahe Umwelt kommt bei der Bewertung relativ gut weg, während die ferne Umwelt als belastet und gefährdet beurteilt wird. Die globale Umweltqualität wird auch im Jahr 2002 mit großer Mehrheit als „schlecht“ beurteilt.

Strassenverkehr ist das grösste lokale Umweltproblem

Der Straßenverkehr steht eindeutig auf Platz 1 unter den von den Befragten genannten Umweltproblemen in der eigenen Gemeinde. Auch auf den folgenden Rängen stehen mit Lärm und Luftverschmutzung Probleme, die mehr oder weniger direkt mit dem Straßenverkehr in Verbindung zu bringen sind. Die Problemwahrnehmung ist sehr von der Wohnlage abhängig: Wer an einer stark befahrenen Hauptstraße wohnt, fühlt sich signifikant mehr durch Straßenverkehrslärm und Abgase belastet.

Allergien sind zunehmendes Problem

Die Zahl der von Allergien Betroffenen ist erschreckend hoch. Für immerhin 36% gehören Erkrankungen dieser Art zum Alltag, denn sie sind entweder selbst betroffen oder ein Mitglied ihres Haushaltes ist betroffen. Allergische Erkrankungen sind heute noch stärker ein Problem als vor zwei Jahren. Gaben damals noch 51% an, dass sie niemanden persönlich kennen, der an einer Allergieerkrankung leidet, so sind es heute nur 42%, die in ihrem Umfeld gar nicht mit Allergien konfrontiert sind. Die Betroffenheit von Allergien korreliert eng mit der Ortsgröße, in Großstädten mit mehr als 500 Tausend Einwohnern ist sie am größten, in kleinen Gemeinden oder Kleinstädten mit weniger als 5000 Einwohnern am geringsten.

Klimaschutz gilt als wichtige Aufgabe

Der Klimaschutz gehört in den Augen der Bevölkerung zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben und gerade hier sieht man in den letzten Jahren die wenigsten Fortschritte. Das Eintreten eines Klimawandels wird für höchst wahrscheinlich gehalten. Allerdings glaubt die Hälfte der Befragten, dass der Klimawandel durch entsprechende Maßnahmen verhindert werden könnte. Hier sind die Meinungen geteilt, denn die übrigen 50% glauben nicht, dass man dem Klimawandel noch stoppen kann.

DEUTSCHLAND SOLL VORREITERROLLE IN KLIMAPOLITIK ÜBERNEHMEN

Deutschland wird von den Befragten durchaus als ein Land betrachtet, das von den Auswirkungen eines Klimawandels betroffen sein würde. Nur 40% glauben, die Folgeprobleme seien in den Griff zu bekommen. Die Mehrheit der Bürger ist der Ansicht, Deutschland sollte in der Klimaschutzpolitik voran gehen und nicht auf eine europäische Lösung warten. Deutschlands Rolle bei den Klimakonferenzen wird durchaus positiv gesehen, nur 19% der Befragten sind in dieser Hinsicht unzufrieden.

DIE UMWELTENGAGIERTEN: NEUE MITTE FÜR DEN UMWELTSCHUTZ

Eine Gruppe von 20% der Bevölkerung ist besonders umweltengagiert und bildet eine Art Pressure Group für den Umweltschutz. Sie sind z.B. Mitglied einer Naturschutzgruppe oder eines Umweltschutzverbandes, spenden Geld für den Umweltschutz, sind generell zahlungsbereiter als der Durchschnitt. Sie fühlen sich selbst stärker durch Umweltprobleme belastet. Ihr soziodemographisches Merkmalsprofil kommt einer Beschreibung der Neuen Mitte nahe: Sie verfügen sehr häufig über einen Hochschulabschluss, sind Freiberufler, leitende Angestellte oder im öffentlichen Dienst beschäftigt. Sie wohnen seltener an befahrenen Hauptstraßen, häufiger in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Sie gehören nicht den niedrigeren Einkommensklassen an, sondern verfügen überdurchschnittlich häufig über ein mittleres bis hohes Einkommen (jedoch nicht über ein sehr hohes). Die Umweltzustände beurteilen sie schlechter als die übrige Bevölkerung. Folgerichtig sind sie auch stärker von der Notwendigkeit des Handelns überzeugt und hieraus entspringt eine kritische Einschätzung der derzeitigen Umweltpolitik, die ihrer Meinung nach weiter gehen müsste als sie es tut.

PARTEIPRÄFERENZEN DER UMWELTENGAGIERTEN

Die Umweltengagierten sind keineswegs mit den Anhängern der Grünen gleichzusetzen, denn nur etwa jede fünfte Person dieser Gruppe würde Bündnis 90/Die Grünen wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Damit ist der Stimmenanteil der Grünen in dieser Gruppe zwar überproportional hoch, doch erreichen CDU (25,5%) und SPD (23,8%) höhere Anteile. Die FDP würde nur von 2,6% der Umweltengagierten gewählt. Im Osten sieht es anders aus, dort würden 27,3% der Umweltengagierten PDS wählen, 20% CDU, 12,7% SPD, 10,9% Bündnis 90/Die Grünen und 1,8% FDP. Mit 20% Anteil an der Bevölkerung – in den östlichen Bundesländern weniger – stellen die Umweltengagierten ein durchaus beachtliches Wählerpotenzial dar.

NATURSCHUTZ IST WICHTIGE AUFGABE

Von der großen Mehrheit der Bevölkerung wird die Natur als etwas Schützenswertes empfunden. Insgesamt ist ein hohes Maß an Sensibilisierung gegenüber dem Naturschutz festzustellen. Grundlegende positive Einstellungen gegenüber der Natur finden in hohem Maße Zuspruch. Darüber hinaus wird der Mensch klar als Feind Nr.1 der Natur ausgemacht. Nimmt der Naturschutz allerdings eine wirtschaftliche Unternehmungen behindernde Rolle ein, wird die Phalanx des Primates der Umwelt schmaler, bleibt jedoch Mehrheitsmeinung.

NEUES NATURSCHUTZGESETZ FINDET ZUSTIMMUNG

Das neue Naturschutzgesetz ist bislang nur einem Drittel der Befragten bekannt. Bei denjenigen, die das Gesetz kennen herrscht über alle Parteipräferenzen hinweg eine breite Zustimmung zur Gesetzesnovellierung, nur 6% lehnen das Gesetz ab.

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM WIRD UNEINHEITLICH BEWERTET

Die Ökologische Steuerreform wird von den Befragten widersprüchlich bewertet. Einerseits wird das Prinzip „Wer mehr Umwelt und Ressourcen verbraucht, der soll auch entsprechend mehr bezahlen“ von einer breiten Mehrheit (79%) akzeptiert. Andererseits wird die Ökosteuer als sozial ungerecht empfunden. Bei den umweltengagierten Personen ist die Akzeptanz der Ökosteuer größer. Ebenso steigt die Zustimmung mit steigender Bildung und steigendem Einkommen.

VERWENDUNG DER ÖKOSTEUER FÜR UMWELTSCHUTZ GEWÜNSCHT

Hätte die Bevölkerung zu entscheiden, dann würde sie die durch die Ökosteuer erzielten zusätzlichen Einnahmen für den Umweltschutz einsetzen und nicht zur Senkung der Lohnnebenkosten. Nur jeder Vierte würde die Einnahmen zur Senkung der Rentenbeiträge verwenden und nur 9% würden sie zur Senkung der allgemeinen Staatsverschuldung benutzen. In der Verwendungsfrage sind die Umweltengagierten noch entschiedener: Sie sähen am liebsten die Förderung von Umweltschutzprojekten, Investitionen in erneuerbare Energien und Maßnahmen für den Klimaschutz.

KLARE MEHRHEIT FÜR EINFÜHRUNG DES DOSENPFANDS

Die Einführung des Dosenpfandes wird in der Bevölkerung stark begrüßt. 73% der Befragten befürworten dies. Nicht einmal jede fünfte Person äußert sich ablehnend. Der hauptsächliche Vorteil, den man sich von der Einführung verspricht, ist eine weniger vermüllte Landschaft.

MEHRHEIT FÜR UMWELTGERECHTE VERKEHRSPOLITIK

Obwohl mehrheitlich keine zumutbare Alternative zum Verkehrsmittel Automobil gesehen wird, werden Maßnahmen zur Eindämmung des Autoverkehrs durchgängig befürwortet. Nahezu alle klassischen Maßnahmen einer umweltgerechten Verkehrspolitik finden eine deutliche Mehrheit: Mehr als 60% sind dafür, die Innenstädte weitgehend für den Autoverkehr zu sperren; 65% sind dafür, innerorts mit Ausnahme der Hauptstraßen Tempo 30 vorzuschreiben; 83% wollen, dass mehr verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden.

LASTVERKEHR SOLL AUF DIE SCHIENE

Weitgehend einig sind sich die Bürgerinnen und Bürger auch in punkto Verkehrsplanung: 85% befürworten den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, 82% wünschen den Ausbau des Radnetzes und sogar 91% befinden, der Güterverkehr solle auf die Schiene verlagert werden.

ZAHLUNGSBEREITSCHAFT FÜR EINEN VERBESSERTEN UMWELTSCHUTZ

Die generelle Bereitschaft für einen verbesserten Umweltschutz höhere Kosten in Kauf zu nehmen, ist in den letzten beiden Jahren gesunken. Vor allem im Bereich der Steuern sind viele Personen nicht bereit, eine höhere Last zu übernehmen. Der entsprechende Anteil dieser Personen stieg innerhalb der letzten zwei Jahre von 40% auf 55%. Dies reflektiert sicherlich auch den in der wirtschaftlich schwierigen Situation gesunkenen Spielraum vieler Haushalte. Ungeachtet dessen ist die Zahl der Personen, die für weniger umweltbelastende Produkte höhere Preise zahlen würden oder bereit sind, Abstriche vom Lebensstandard für einen verbesserten Umweltschutz zu akzeptieren, mit etwa sechs von zehn Befragten nach wie vor groß. Produkte aus fairem Handel mit Entwicklungsländern würden sogar 67% der Befragten teurer bezahlen als die herkömmlichen Importprodukte.

ÖKOLOGISCHE GELDANLAGEN

Trotz der breiteren Diskussion um das „grüne Geld“ besitzen erst gut 2,3% der Befragten eine ökologische Geldanlage. Es zeigt sich darüber hinaus jedoch ein großes Interesse und somit auch ein großes finanzielles Potenzial, das für Belange des Umweltschutzes gewonnen werden könnte. Dazu müsste allerdings der Informationsmangel vieler Anleger und Anlegerinnen beseitigt werden, 42% haben bisher nichts von dieser Anlageform gehört. Bisherige Hauptanleger waren eher die Jüngeren, ferner die Personen mit höherem Einkommen. Den älteren und vorsichtigeren Anlegern müsste verstärkt die weite Palette der möglichen risikoarmen Anlageformen nahe gebracht werden.

MEDIEN BERICHTEN ZU WENIG ÜBER UMWELTPROBLEME

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen, die Regionalpresse und das private Fernsehen sind die am häufigsten genutzte Informationsquellen in Sachen Umweltschutz. Annähernd die Hälfte der Bevölkerung findet, dass die Umweltberichterstattung in den Medien eher zu kurz kommt.

MIT FORTSCHRITT ASSOZIIERT MAN UMWELTSCHUTZ

Mit dem Begriff Fortschritt verbindet die Bevölkerung nicht nur technische oder ökonomische Neuerungen, sondern zuerst die Verbesserung der Umweltsituation. Dies liegt noch vor technischen Weiterentwicklungen und der Verbesserung der persönlichen und allgemeinen Lebensverhältnisse auf dem ersten Rangplatz der von den Bürgerinnen und Bürgern genannten Assoziationen.